

Offener Appell
an den Landrat Dr. Klaus Effing
und an die Abgeordneten des Kreistages Steinfurt

Greven, den 19.06.2019

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Effing,
sehr geehrte Abgeordnete des Kreistages,
sehr geehrte Mitglieder des Kreisausschusses,

wie wir den Westfälischen Nachrichten vom 15.Juni entnehmen konnten, hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag gestellt, für den Kreis Steinfurt den „Klimanotstand“ auszurufen. Die Unterzeichner dieses Schreibens appellieren an Sie, diesen Antrag bei Abstimmungen aus den nachfolgenden Gründen abzulehnen und damit dem Beispiel des Kreises Bad Segeberg, den Kommunen Bocholt, Havixbeck, Willich, Oberhausen, Herzogenaurach, Geilenkirchen und Braunschweig zu folgen.

Es handelt sich hier um reine Symbolpolitik ohne wirklichen Nutzen. Notstand bedeutet Angst und diese ist in der Politik kein guter Ratgeber. Alle Anstrengungen zum Klimaschutz lassen sich auch ohne Ausrufung des „Notstandes“ in vollem Umfang bewerkstelligen.

Es ist höchste Zeit, dass in die teilweise hysterische Klimadebatte wieder ein Moment der Sachlichkeit eintritt und alle Schritte in einer ergebnisoffenen Abwägungsdebatte diskutiert werden, die alle Argumente des „Dafür“ und „Dagegen“ bei jeder Entscheidung berücksichtigt. Dabei sind immer auch Aspekte des Artenschutzes/Biodiversität angemessen zu berücksichtigen, die im Kreis Steinfurt schon erheblich durch den Ausbau der EE in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Was ist ein Notstand?

Der Duden kennt für den Begriff „Notstand“ zwei Bedeutungen, nämlich „Notlage“ und „Situation, in der ein Staat in Gefahr ist“. Es handelt sich also um einen Begriff, dessen Verwendung nur in ganz extremen Situationen gerechtfertigt ist. Als innerer Notstand wird im Staatsrecht die Notlage eines Staates infolge von Naturkatastrophen, schweren Unglücksfällen, Angriffen auf die staatliche Grundordnung oder den Bestand des Staates bezeichnet. Notstand bedeutet auch immer die Einschränkung von Bürgerrechten. Lassen Sie es nicht zu, dass unter dem Eindruck des durch die Medien momentan dominierten Mainstreams durch Angst, Hysterie und Panik solche wichtigen Maßstäbe mutwillig verschoben werden.

Aus wissenschaftlicher Sicht gibt es keinen „Klimanotstand“, auch nicht in Kreis Steinfurt! Es gibt unzählige Wissenschaftler, die den pessimistischen apokalyptischen Endzeit-Szenarien eines Klimawandels widersprechen. Selbst das IPCC, die Klimakommission der UNO, kennt diese Szenarien in dieser extremen Form nicht. Diese Erkenntnisse sind allerdings unspektakulär, wenig presserwirksam und werden deshalb in den täglichen Nachrichten kaum berücksichtigt.

Einer der führenden Klimaforscher, Prof. Bjorn Stevens vom Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg, wird im Spiegel-Bericht vom 23.03.2019 wie folgt zitiert: „Unsere Computer sagen nicht einmal mit Sicherheit voraus, ob die Gletscher in den Alpen zu- oder abnehmen werden“. Und weiter: „Denkbar ist aber auch, dass es prinzipiell unvorhersehbare Klimaphänomene gibt. Dann können wir noch so genau simulieren und kommen trotzdem zu keinen verlässlichen Ergebnissen“.

In einem Vortrag zu den Folgen des Klimawandels am 6. Juni 2019 im Max-Planck-Institut in Münster, bei dem einige der Unterzeichner zugegen waren, distanzierte sich Prof. Stevens von den apokalyptischen Zukunftsbildern, wie sie in Medien oft dargestellt werden. Er betonte auch, dass keine Punkte („Tipping points“) existieren, ab denen es kein „Zurück“ mehr geben könne. Entgegen anderslautender Meldungen besteht in der Wissenschaft keine Einigkeit über die zukünftige Klimaentwicklung, und somit lässt sich hieraus erst recht kein Klimanotstand ableiten, auch nicht im Kreis Steinfurt.

Bitte lassen Sie bei der Bevölkerung nicht durch Übernahme einer vorsätzlich falschen Begrifflichkeit einen anderen Eindruck entstehen, bei dem Sie unter Zugzwang geraten und Fehlentscheidungen fast unvermeidlich sind. Einen "Klimanotstand" auszurufen erzeugt Schlagzeilen und ermöglicht es einigen Politikern und Aktivisten, sich besser zu fühlen. Aber leere Rhetorik, die die wirtschaftliche Realität und den gesunden Menschenverstand ignoriert, wird dem Planeten nicht helfen.

Niemand bezweifelt, dass Maßnahmen zum Klimaschutz – auch im Sinne von Ressourcenschonung - getroffen werden müssen. Hier ist im Kreis Steinfurt – auch im Vergleich zu anderen Kreisen – schon sehr viel geleistet worden, so dass auch aus diesem Grund keine Notwendigkeit für die Ausrufung eines „Klimanotstandes“ besteht.

Die Unterzeichner gehen davon aus, dass die Anregung, einen „Notstand“ im Kreis Steinfurt zu konstruieren, unter anderem dazu genutzt werden soll, den ungehemmten Bau riesiger Windkraftanlagen im Kreisgebiet zum Schaden von Mensch, Natur und Landschaft weiter zu fördern.

Windkraftanlagen der heutigen Generation mit 240 m Höhe und mehr werden in einer Vielzahl von Fällen durch ihre Schall- und Infraschall-Emissionen verantwortlich gemacht für ernsthafte Erkrankungen von Anwohnern, wie z.B. Schlafstörungen, Leistungseinbußen (Schulkinder!), Depressionen, Blutdruckerhöhungen und wohl auch für eine vermehrte Häufung von Herzinfarkten im Umkreis mehrerer Kilometer um eine solche Anlage. Alle notwendigen Abwägungen in Hinblick auf den Gesundheitsschutz der Bevölkerung könnten so mit dem Damoklesschwert „Klimanotstand“ politisch beeinflusst und moralischer Druck auf den Kreis ausgeübt werden.

Bitte machen Sie sich auch bewusst, für welche landschaftlich wertvolle Region Sie in der Verantwortung stehen. Noch besteht die Chance, das Kreisgebiet nicht völlig durch überdimensionierte Industrieanlagen zu zerstören und die verbliebenen Natur- und Landschaftsräume weiter für die Naherholung und den Tourismus zu entwickeln und auch im Sinne von CO₂-Senken zu erhalten. Sicherlich gibt es bei anderen Aspekten der CO₂-Einsparung im Kreisgebiet noch große Potentiale, z.B. bei der weiteren Installation von Fotovoltaik und beim Bau und der Renovierung von Gebäuden sowie bei Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz. Diese Möglichkeiten sollten unserer Meinung nach auch genutzt und gezielt gefördert sowie vor allem Maßnahmen zur Verbesserung der Biodiversität deutlich verstärkt werden. Der Kreis sollte seine Biodiversitätsstrategie weiter entwickeln, um Arten und Habitate zu schützen und um Biotopnetze effizient zu vernetzen.

Der Erhalt der Biodiversität ist gemäß dem Bericht des IPCC eine der wichtigsten Maßnahmen zur Abmilderung der Effekte des Klimawandels. In dem im Mai veröffentlichten UNO-Bericht „Bericht zur Bedrohung der Biodiversität durch die Zwischenstaatliche Plattform für Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen (IPBES)“ wird eindringlich dargestellt, dass Maßnahmen zur Bewahrung der Artenvielfalt höchste Priorität haben müssen und die Biodiversität in erster Linie durch Änderungen der Landnutzung gefährdet ist. In seinem jüngsten „Erneuerbare Energien Report“ aus Februar 2019 bemängelt das Bundesamt für Naturschutz (BfN): „In der Planung und Genehmigung von Erneuerbare-Energien-Anlagen werden Belange der Schutzgüter Landschaft und Landschaftsbild aktuell nur unzureichend integriert.“

Bereits heute steht jedes 4. Windrad in einem Schutzgebiet. Das Bundesamt fordert hier ein Umdenken: Die Energiewende muss natur- und umweltverträglich erfolgen. Dabei könnten die Anlagen selbst dann erhebliche Auswirkungen auf die Landschaft haben, wenn sie außerhalb von Schutzgebieten stünden. Solche geschützten Gebiete sind aber dringend nötig, denn bereits ein Drittel der in Deutschland vorkommenden Tier- und Pflanzenarten steht auf der Roten Liste und ist damit im Bestand gefährdet. Das Bundesamt empfiehlt: Wenn die Erneuerbaren schon ausgebaut werden müssen,

ten, dann müsse dies im Einklang mit den Zielen des Natur- und Umweltschutzes geschehen. Das Bundesamt empfiehlt weiter: Die künftige Planung von Windparks muss auch stärker die Auswirkung auf das Landschaftsbild und Landschaftserleben berücksichtigen. Es müssen naturnah wirkende Landschaften ohne technische Überprägung erhalten bleiben. Die Lösung des BfN bei der Weiterentwicklung der EE heißt hier vor allem: Mehr Solarstrom.

Das im LEP für den Regierungsbezirk Münster ausgewiesene Planziel von 6000 ha für Windkonzentrationszonen ist mittlerweile um das Doppelte übererfüllt. Bitte halten Sie deshalb Ihre Hand weiterhin über unsere Heimat und versuchen Sie, diese Region mit ihren Naturschönheiten in auch in Richtung Naherholungsgebiet und Tourismus weiter zu entwickeln. Beschränken Sie nicht selbst Ihre zukünftige Entscheidungsfreiheit.

Obwohl die Ausrufung eines „Klimanotstands“ wohl keine rechtlich bindenden Verpflichtungen beinhaltet, so hat sie doch deutliche symbolische Signalwirkung nach außen. Einmal ausgerufen, werden sich interessierte Seiten sofort auf sie berufen, auch um ihre wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Sobald im Rat oder der Verwaltung eine nicht genehme Entscheidung fällt, die in irgendeinem Zusammenhang mit „Klimaschutz“ gestellt werden kann, wird wahrscheinlich Folgendes passieren:

Man wird Sie, begleitet von entsprechenden Pressemitteilungen, auf Ihre Missachtung des ausgerufenen Notstands hinweisen und entsprechend an den Pranger stellen. Ihre Entscheidungsfreiheit wäre stark eingeschränkt und Sie würden sich unnötig ständigen Vorwürfen und Rechtfertigungszwängen ausgesetzt sehen. Bewahren Sie sich Ihre Möglichkeiten, zum Wohle der Bevölkerung des Kreises Steinfurt weiterhin unabhängig entscheiden und handeln zu können. Auch ohne die reine Symbolpolitik „Klimanotstand“ lassen sich alle für den Klimaschutz notwendigen Maßnahmen ergreifen – und dies in einer sachbezogenen und vernünftigen Atmosphäre.

Bitte setzen Sie ein deutliches Zeichen für eine demokratisch legitimierte tabufreie Diskussionskultur und gegen eine Politik, durch welche die Besorgnis erregende Spaltung unserer Gesellschaft, die sich mitten durch Deutschland und mitunter quer durch die Familien zieht, noch weiter vertieft wird.